



# DR. HELMUT KOHL

Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages ·  
Bundesvorsitzender der CDU

## DIE FREIHEITLICHE POLITIK HEUTE

VORTRAG AM 19. FEBRUAR 1979



Sehr verehrter Herr Präsident, lieber Herr Stödter!  
Meine Damen! Meine Herren!

Sie haben zu Beginn Max Weber zitiert. Sie haben zu Beginn natürlich auch mit Recht – und wer kann das besser verstehen als ich, der Hauptbetroffene selbst – das eine oder andere an wenig lustigen Aufführungen meiner eigenen Partei aus den letzten Wochen erwähnt. Zu Max Weber muß man sagen – und das ist ein Wort, Herr Stödter, das jeder CDU-Vorsitzende sozusagen immer in sich fühlen muß –: Politik ist auch das Bohren ganz dicker Bretter. Und das ist die Erfahrung, die man in der Opposition noch mehr macht, als wenn man Regierungspartei ist.

Meine Damen und Herren! Das Thema, das mir gestellt ist – „Freiheitliche Politik heute“ –, ist ein Thema, das von einem prononzierten politischen Standpunkt aus behandelt zu werden sich anbietet, ohne aber jederzeit in die Auseinandersetzung des Tages zu verfallen. Sie haben die Tradition – und ich finde, das ist eine Tradition, die vielen deutschen Städten wünschenswert wäre –, Politikern aus den verschiedensten politischen Lagern die Chance und die Gelegenheit zu geben, ihre Gedanken, ihre Karte abzugeben. Und wenn wir über „Freiheitliche Politik heute“ sprechen, dann muß man natürlich gerade vor einem solchen Kreis den Akzent auf die Innenpolitik, und insbesondere auf die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik legen. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß 30 Jahre nach Einführung der Sozialen Marktwirtschaft sich ein gutes Stück unseres außenpolitischen, aber ganz besonders unseres innenpolitischen Schicksals – soweit man das überhaupt voneinander trennen kann – an der Schicksalsfrage entscheiden wird: „Wie halten wir es mit der Sozialen Marktwirtschaft?“ Diese Frage ist eingebettet in die Grundfrage freiheitlicher Politik heute.

Die Freiheit, wie Thomas Mann in der Weimarer Republik mahnte, „ist kein Spaß und Vergnügen ... Ihr anderer Name lautet ‚Verantwortlichkeit‘ ...“. Und über den Staat – das ist unser Staat, meine Damen und Herren – hat Thomas Mann hinzugefügt: „In unsere Hände ist er gelegt, in die jedes einzelnen; er ist unsere Sache geworden, die wir gut zu machen haben, und das ist eben die Republik – etwas anderes ist sie nicht.“

Ich glaube, hier in Hamburg braucht man diesem Grundsatz bürgerschaftlicher Ge- sinnung nicht viel hinzuzufügen. Hier war der Staat immer Bürgersache, die Freiheit immer verantwortliche Freiheit der Bürger gewesen. Für diese große und alte Stadt war es immer gesicherte Erkenntnis und praktizierte hanseatische Politik, daß die Freiheit der Bürger, die Freiheit der Kaufleute nur gedeihen konnte, wenn auch die Freiheit des Handels und die Sicherheit der Schifffahrtswege gewährleistet waren. Waren sie in Gefahr, dann war alles in Gefahr. Ich will versuchen, meine Vorstellun- gen in einigen Thesen vorzutragen.

**Erste These:** Eine freiheitliche Demokratie kann und darf nicht die Freiheit gewäh- ren, die schließlich Demokratie vernichtet, Demokratie ums Leben bringt. Wir haben die Pflicht, uns zur Wehr zu setzen gegen geistige und machtpolitische Strömungen, die von totalitären Regimen und Systemen ausgehen und inspiriert werden.

Und in der konkreten geschichtlichen Situation der Deutschen in einem geteilten Land müssen wir unsere besondere Aufmerksamkeit auf sozialistische und soge- nannte liberal-anarchistische Konzeptionen lenken, die dabei sind, die wirtschaft- lichen Fundamente, die gesellschaftspolitischen Fundamente unseres Landes aus- zuhöhlen. Ziel dieser Kritik an unserem Staat ist die Überwindung des parlamenta- risch-demokratischen Systems von innen heraus.

Deshalb, meine Damen und Herren, glaube ich, muß die Auseinandersetzung mit diesem Konzept der neuen Linken, auch wenn sie sich im Gewande des sogenann- ten radikalen Liberalismus tarnt, mit aller Entschiedenheit, mit aller Offenheit und dort, wo es sein muß, mit aller Aggressivität geführt werden. Die Zerstörer des libe- ralen Rechtsstaats und seiner Freiheiten dürfen eben keine Chance haben, sich in einem pseudoliberalen Gewande vorzutrauen.

**Zweite These:** Der Feind der Freiheit ist nicht die Toleranz – der Bundespräsident hat vor kurzem darauf hingewiesen –, sondern eine Toleranz, die mißverstanden In- toleranz gewähren läßt.

Meine Damen und Herren! Ich behaupte, daß entgegen der oft beteuerten Absicht der Rechtsstaat unserer Bundesrepublik in den letzten, zehn Jahren weder sicherer noch menschlicher und auch in Wahrheit nicht liberaler geworden ist. Die weit überwiegende Mehrzahl unserer Bürger erlebt den heutigen Rechtsstaat nicht mehr mit mehr Freizügigkeit, sondern empfindet ihn zunehmend als anspruchsvoller, un- durchschaubarer und verwirrender, in menschlichen Bereichen als kälter.

Die 5000 Gesetze, Verordnungen, Erlasse und Richtlinien, die allein das Umsatzsteu- errecht regeln, sind – das ist eine Binsenwahrheit – heute weder für den Steuer- zahler noch für den Finanzbeamten, der sie exekutieren muß, voll durchschaubar. Aber – daß gilt für jeden – wer sich in seinen Rechten nicht mehr auskennt, kann sich von ihnen nicht mehr hinreichend beschützt fühlen.

Die mit dieser Regelungsflut angestrebte Einzelfallgerechtigkeit verkehrt sich in der Praxis in ihr Gegenteil. Rechtswahrung wird zu oft zu einem Lotteriespiel. Es wächst das Gefühl der Abhängigkeit, der Bevormundung, des Ausgeliefertseins. Und wenn jetzt oft geredet oder geschrieben wird von einer Staatskrise – die ich weit und breit nicht sehe, sondern möglicherweise eine Krise der bestehenden politischen Parteien und ihre mangelnde Sensibilität für die wirklichen Probleme der Bürger und des Landes –, wenn dieses Unbehagen immer wieder diskutiert und artikuliert wird, hat es nach meiner Überzeugung seinen Grund in dieser Zunahme an Abhängigkeit, Bevormundung, in dem vermeintlichen oder tatsächlichen Gefühl des Ausgeliefert- seins. Die Überprüfbarkeit aller Verwaltungsakte, der Rechtsschutz, wird mit oft un- wägbaren Risiken belastet. Unüberschaubare Rechtsverhältnisse, Überlastungen der Gerichte, zwangsläufige Verlängerung der Prozeßdauer, hohe Risiken, all dies ver- unsichert den Rechtsuchenden.

Ich glaube, drei Jahrzehnte nach Erlass des Grundgesetzes muß man den Mut haben, sine ira et studio zu fragen, ob wir nicht dabei sind, den Rechtsstaat zu einem bloßen Rechtsmittelstaat entwickelt zu haben. Macht – und das ist der politische Alltag aller Parlamente – verlagert sich zwangsläufig immer mehr zu Experten, zu Spezialisten. Von ihrem Votum werden die Bürger, aber auch zunehmend diejenigen, die in der repräsentativen Demokratie zur politischen Machtausübung berufen sind, abhängig. Wer sich ihren Dienst nicht leisten kann, muß oft erleben, daß sein Recht gutgemeinte Theorie bleibt.

Ich habe überhaupt nichts einzuwenden gegen ein Mehr an Sachverstand, damit ich hier nicht falsch verstanden werde. Aber ich glaube, daß zwischen denen, die politische Verantwortung auf Zeit, verliehen durch Wahlen, tragen, und denen, die als Experten dann ihre Expertenmeinung häufig ex cathedra durchsetzen können, Verantwortlichkeiten durcheinandergeraten. Hier tut sich eine Kluft auf, indem die einen für die anderen die politische Verantwortung tragen.

Auf der anderen Seite werden Vergünstigungen, Ansprüche, Ausnahmen für Sonderfälle häufig deshalb nicht wahrgenommen, weil gerade die Schwächeren, die weniger Cleveren, diejenigen, die den Staat und die Gesellschaft noch immer nicht als eine Quelle materieller Ausbeutung ansehen, ihre Chancen entweder nicht erkennen können oder nicht erkennen wollen. Auch das gibt es selbstverständlich.

Aber dieser alles und jedes regelnde soziale Rechtsstaat verunsichert seine Bürger nicht nur, er ist auch in der Lage, ihnen Angst einzuflößen. 40 Prozent der Bevölkerung – und das ist in den Untersuchungen der Demoskopie eine alarmierende Zahl – sehen nach einer solchen Regelumfrage, die Jahr für Jahr gestartet wurde, in der Bürokratie unseres Rechtsstaates eine Quelle der Angst, der Verunsicherung und oft genug eine Quelle der Demütigung.

Meine Damen und Herren! Es war deswegen sehr populär, mit der großen Heckenschere sogenannter Reformpolitik alte Zöpfe – etwa im Strafrecht – abzuschneiden. Aber Liberalität ist eben nicht nur im Strafrecht und nicht nur von Minderheiten gefragt. Der freiheitliche Rechtsstaat, wie wir ihn nach unserem Verfassungsverständnis verstehen, ist für uns alle da.

**Dritte These:** In einer ganzen Reihe von Fällen erfolgt der Ausbau der Freiheitsrechte für Minderheiten zu Lasten anderer Minderheiten. Darüber läßt sich reden, darüber muß man reden. In einer ganzen Reihe von Fällen erfolgt der Ausbau der Freiheitsrechte für Minderheiten aber eindeutig zu Lasten der großen Mehrheit der Bevölkerung.

Der Satz von Rosa Luxemburg, daß Freiheit auch immer wieder die Freiheit des Andersdenkenden zu sein habe, ist allzuoft als Kampfparole missbraucht und vom Staat in einem einseitigen Sinne akzeptiert worden. Zahlreiche Hochschullehrer in verschiedenen Regionen unserer Bundesrepublik mußten sich ohne jeden Schutz von randalierenden Gruppen niederbrüllen lassen. Viele Studenten wurden durch politisch motivierte Boykottmaßnahmen zeitweise an ihrem Studium gehindert. Und eines der schwerwiegendsten Beispiele dafür, wie das Recht der Mehrheit – ich sage: das begründete Recht der Mehrheit – den Ansprüchen einer Minderheit zum Opfer gebracht wurde, erleben wir gegenwärtig in der leidenschaftlichen Diskussion zur Extremistenfrage.

Meine Damen und Herren! Es ist schon schlimm, daß wir Gefahr laufen, daß sich in dieser ganz wichtigen Rechtsfrage die Bundesrepublik regional teilt. Politiker machen es sich häufig in der Sprache des parlamentarischen Alltags mit törichtem Kauderwelsch zu einfach, indem sie von A- und von B-Ländern sprechen. Für den Alltag der Republik ist dieses Auseinanderbrechen in einem Grundkonsens eine lebensgefährliche Entwicklung. Und wenn nun die Bundesregierung und auch die von SPD und FDP geführten Bundesländer sich durch eine mit allen agitatorischen Mitteln geführte Kampagne in die Knie zwingen ließen, ist das eine Sache, woran niemand eine Freude haben kann.

Die Ausgangsposition ist klar: Die extremistischen Gruppierungen haben bei keiner allgemeinen Wahl bisher irgendwelche nennenswerten Ergebnisse erzielen können. Wenn ich die Bemerkung in diesem Zusammenhang machen darf: Ich finde, wir sollten von diesem Kapital auch gegenüber dem Ausland mehr Gebrauch machen.

Gerade in einem Augenblick, in dem die jüngste deutsche Geschichte in schaurigster Weise wiederaufsteht und die Frage: „Habt ihr aus der Geschichte gelernt?“ überall im In- und Ausland bei Jungen und bei Alten gestellt wird, sollte man, wie ich finde, ganz ruhig, aber entschieden darauf hinweisen: Bei allgemeinen Wahlen erzielen die extremen Parteien von Rechts und Links seit Jahren nie mehr als ein Prozent. Wir können als Bürger der Bundesrepublik stolz darauf sein, daß uns dies in gemeinsamer Anstrengung gelungen ist.

Dennoch glaube ich nicht, daß man die Frage des Extremistenerlasses mit diesem Argument abtun kann, indem man sagt: Was wollt ihr denn? Ihr habt ja bei der Wahl eine so geringe Quote, daß das überhaupt keine Gefährdung sein kann! Wer immer im In- und Ausland die Frage der Behandlung von Extremisten im öffentlichen Dienst behandelt, der muß zur Kenntnis nehmen, daß die Deutschen ihre eigene Geschichte haben und daß eben die jüngste deutsche Geschichte anders ist als die der Französischen Republik, als die Englands oder Hollands oder irgendeines anderen vergleichbaren westlichen Landes. Es ist in diesem Zusammenhang, wie ich finde, ein bemerkenswertes Zeugnis politischer Sprachverwirrung, daß die Frage der sogenannten Liberalisierung – ich will gleich noch mehr darauf eingehen – in der Radikalen- oder Extremistenpraxis sich schon im Sprachlichen so verwirrt darstellt. Das erste, was ich hier erwähnen will, ist die geschichtliche Erfahrung: Die geschichtliche Erfahrung unseres Landes in diesem Jahrhundert, eben die Erfahrung mit dem Dritten Reich und mit dem Ende der Weimarer Republik, die Erfahrung mit dem Meineid Adolf Hitlers im Ulmer Reichswehrprozeß 1932 vor dem Reichsgerichtshof, jenem Meineid, den er geschworen hat, daß er nur mit legalen Mitteln an die Macht kommen werde und mit legalen Mitteln regieren würde. Zu dieser Erfahrung gehört aber auch die heute noch so eindrucksvolle, unübersehbare, pathetische, visionäre Mahnung des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun im preußischen Landtag unmittelbar vor der Machtergreifung, als er die Demokraten beschwore, Nazis und Kommunisten nicht an die Schaltstellen staatlicher Macht kommen zu lassen. Gerade weil wir diese geschichtliche Erfahrung haben, gerade weil wir uns heute mit dem Ergebnis dieser Geschichte wieder weltweit im Zusammenhang mit Filmen und anderen Publikationen auseinandersetzen müssen und wollen, müssen wir auch auf diesem gesicherten geschichtlichen Grund unsere Entscheidung treffen. Wir müssen alle jene fragen, weshalb sie sich so einseitig zugunsten einer radikalen Minderheit und gegen die Interessen und Ansprüche der Mehrheit der Bürger entscheiden.

Ich glaube, wir stehen auf einem gesicherten Grund, wenn wir sagen: Der Bürger hat einen Anspruch darauf, daß ihm im öffentlichen Dienst Beamte begegnen, deren Verfassungstreue außer Zweifel steht. Sie wenden das Recht an, und sie üben tatsächlich Macht aus. Jeder Zweifel an ihrer Verfassungstreue mindert das Vertrauen des Bürgers in seinen Staat. Und es ist für mich zutiefst deprimierend zu sehen, wie eine unübersehbar weltweite Kampagne mit dem Schlagwort des Berufsverbots bei uns Wirkungen in Kreisen zeigt, deren demokratische Rechtschaffenheit von niemandem bezweifelt werden darf.

Aber ich verweise wieder auf unsere Geschichte und auf die Erfahrungen, was man im Umformulieren und Umfunktionieren der Sprache an politischen Wirkungen erzielen kann; denn in Wahrheit, meine Damen und Herren, weiß natürlich jeder, daß es bei uns kein Berufsverbot gibt. In Wahrheit weiß jeder, daß gegenwärtig etwa – bleiben wir beim Beispiel junger Juristen – viele Tausende von jungen Juristen sich um staatliche Einstellungen bemühen, und nicht aus Gründen der politischen Haltung, sondern aus Gründen nicht vorhandener Planstellen überhaupt keine Chance haben, in den öffentlichen Dienst aufgenommen zu werden. Und in Wahrheit – weil so oft in diesem Zusammenhang, oft mißverständlich, das Gewissen strapaziert wird – hat dieser demokratische Staat auch eine Pflicht gegenüber vielen Hunderttausenden von Bürgern, die in einer besonderen Weise Bürger der Bundesrepublik wurden: Ich denke an die Hunderttausenden von Eltern – und die Zahl ist niedrig gegriffen –, die unter Gefahr für Leib und Leben und unter Aufgabe auch ihrer materiellen Existenz aus dem Gebiet der DDR weggingen nur aus dem einen Grunde: damit ihre Kinder in freiheitlichen Schulen erzogen und geprägt werden. Diese Eltern haben einen Anspruch darauf, daß ihr Tun und ihr Denken bei uns zur Kenntnis genommen wird.

Meine Damen und Herren! Oft wird von „Jugendsünden“ gesprochen. Ich bin dafür, daß wir auch in dieser Frage zu keiner Minute vergessen, daß wir ein freiheitlicher, das heißt im besten Sinne des Wortes ein liberal verfaßter, freiheitlicher Rechtsstaat sind und daß in einem freiheitlichen Rechtsstaat weder Schnüffeln noch Hinterherspionieren, noch Abriegelungen jugendlicher Existenzen einen Platz haben darf. Was wir brauchen, ist ganz gewiß eine junge Generation, die den Glauben an die Zukunft hat, die sich etwas zutraut, die aufmüfig ist, die der amtierenden Generation nicht einfach alles so abnimmt. Was wir brauchen, ist eine junge Generation, die nicht mit 18 Jahren über ihre Pensions- und Rentenchancen nachdenkt, sondern den Traum ihres Lebens träumt. Was wir allerdings auch brauchen, ist ein entschiedenes auf die Sache bezogenes Gespräch der amtierenden Generation mit den Jungen.

Jeder von uns, der einsichtig ist, wird zugeben: Wenn junge Leute heute den Weg in eine radikale Gruppe genommen haben, muß man ihnen, das ist eine Pflicht vor allem auch der demokratischen Parteien, die Chance des Zurücks zu den demokratischen Parteien der Mitte geben.

Gerade wenn wir über Jugendsünden reden, stört es mich aber ganz ungemein, daß die gleichen Leute, die den jungen Leuten heute Jugendsünden zubilligen, denen, die in den 30er Jahren jung waren, mit spitzer Zunge, mit spitzer Feder, mit genauem Auswählen und Ausloten, was da und dort in einer Dissertation steht, das Recht auf Jugendsünden versagen wollen. Ich finde, das ist nicht sehr überzeugend. Ich kann das unbefangen ansprechen, weil ich, Jahrgang 1930, gar nicht in Schuld oder in Verstrickung geraten konnte.

Das, was man aus aktuellem Anlaß im Blick auf die Wahl des Staatsoberhauptes gegenwärtig in der Bundesrepublik erlebt, gehört für mich zu dem Unappetitlichsten und Schäbigsten, was ich in den über zwei Jahrzehnten meiner politischen Tätigkeit erlebt habe. Ich finde, es ist nicht gut, daß die, die von Jugendsünden jetzt reden – zu Recht, ich bin bereit, das auch zu tun –, bei den Jugendsünden einer Generation zuvor so ohne jedes Verständnis für die damalige Lage sind, zumal dadurch bei den Jungen von heute ein falsches Bild entstehen muß. Über die Hälfte der heute Lebenden sind nach der Hitler-Zeit geboren. Sie kennen die damalige Zeit nicht, und sie bekommen völlig falsche, verkürzte und, wie ich finde, auch ungerechte Urteile über jene Zeit mit.

Friedrich Naumann hat einmal gesagt: „Der Staat sind wir alle.“ Ich darf das abschließend zu dieser These sagen: Es wäre doch eine groteske Verfälschung dieses Satzes, wenn die Verfassungstreue der Beamten künftig von den Bürgern kontrolliert werden sollte, müßte, weil der Staat selbst in diesem Punkt versagt.

**Vierte These:** Der Begriff der Freiheit als konstituierender Wert unserer westlich-demokratischen Zivilisation hat in der politischen Diskussion und im Alltag in den letzten Jahren auch bei uns in der Bundesrepublik eine verhängnisvolle Uminterpretation erfahren.

Freiheit, meine Damen und Herren, wird in der politischen Kultur unseres Landes immer stärker nur als Ungebundenheit, als Loslösung aus aller Verantwortlichkeit und Begrenzung interpretiert. Die falschen Propheten ziehen durchs Land. Und die Folge ist, daß nicht wenige Menschen nicht mehr wahrhaben wollen, daß Freiheit nicht nur Gabe, sondern auch Aufgabe ist, daß Freiheit Rechte und Pflichten umfaßt, daß es gerade in einem liberal-freiheitlich verfaßten Staat nicht nur Bürgerrechte, sondern auch Bürgerpflichten gibt, daß Freiheit Opfer bedarf.

Vielfach wird übersehen, was für Kant noch ganz selbstverständlich war: daß Freiheit als politisches Prinzip nicht nur die eigene Freiheit zur Selbstverwirklichung meint, sondern daß im Interesse der Freiheit für alle der Freiheit des einzelnen auch Beschränkungen auferlegt werden müssen, mehr noch, daß sich der einzelne solche Beschränkungen selbst um des Ganzen willen auferlegen muß. Politik und zumal die jeweilige regierungsamtliche Politik ist für diese Entwicklung mitverantwortlich.

Der bei uns üblich gewordene, völlig undifferenzierte inflationäre Gebrauch von Begriffen wie „Demokratisierung“ und „Liberalisierung“ in politischen Dokumenten ist ebenso zu nennen in diesem Zusammenhang wie die Überbetonung der Selbstverwirklichungsiedeologie in der Bildungspolitik.

Die Devise „Im Zweifel für die Freiheit“ beherrschte die Politik der inneren Sicherheit so lange, bis sich zeigte, daß dieses eklatante Mißverständnis – das seine Erfinder auch heute gar nicht mehr persönlich akzeptieren – den Staat zur Hilflosigkeit verurteilt, wenn andere eben die Freiheit als Bürgerrecht in Anspruch nehmen bis zum Exzeß krimineller Gewalttätigkeit und auch für politische Ziele, die beliebig ausgewechselt werden können. Der politische Bewußtseinswandel, der sich im Hinblick auf den Freiheitsbegriff vollzogen hat, ist nachhaltiger und unmittelbarer natürlich durch politische Entscheidungen beeinflußt worden. Die Vorstellung einer Bürgerfreiheit zum Nulltarif ist von manchen, die an verantwortlicher Stelle waren oder sind, danach auch amtlich legitimiert worden, etwa

- durch die Abschaffung der Gewissensprüfung bei Wehrdienstverweigerern und die Anerkennung einer launigen Postkartenmitteilung an den Staat,
- durch den Verzicht auf vorhandene Erkenntnisse zur Beurteilung der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst,
- durch die Zumutung an Ärzte, staatlicherseits lediglich entkriminalisierte Abtreibungen gegebenenfalls auch gegen ihr persönliches Gewissen durchzuführen.

Schließlich, meine Damen und Herren, gehört in diesen Zusammenhang eines unmittelbar durch Politik verbogenen Freiheitsbegriffs auch die Familienpolitik als Ganzes. Jahrelang wurde – aus gutem Grund im übrigen – für die Berufstätigkeit der Frauen geworben, wurden Chancen emanzipatorischer Selbstverwirklichung nur im Erwerbsleben versprochen, wurden die Familien rechtlich unter Kontrolle genommen, materiell vernachlässigt und psychologisch – und das war das Schlimmste – verunsichert. Niemand darf sich darum heute darüber wundern, daß sich eine wachsende Zahl junger Leute ganz bewußt in ihrer Entscheidung für Kinderlosigkeit ausspricht. So fühlen sie sich mehr ungebunden und unbelastet, flexibel und mobil, frei für ein Leben überwiegender materieller Wertschöpfung.

Ich glaube, darin liegt mit die schwerste Hypothek eines individualistisch verkürzten Freiheitsbegriffs, daß unter diesem Einfluß eine Generation heranwächst, von der eine steigende Zahl – und jeder, der dazukommt, ist zuviel – zunächst nur Vorteile darin sehen kann, daß sie sich von Bindungen und Verpflichtungen freihält, daß sie ihr Glück im privaten Winkel sucht und daß sie Mitverantwortung im politischen Gemeinwesen ablehnt.

**Fünfte These:** Freiheit kann nur Bestand haben in einer Ordnung der Wirtschaft, in der sich die Menschen frei und sozial entfalten können. Die Idee von der verantworteten Freiheit ist das geistige Fundament der Sozialen Marktwirtschaft. Sie ist wie keine andere Ordnung dafür geschaffen, persönliche Freiheit und sozialen Fortschritt für alle zu verwirklichen. Die Soziale Marktwirtschaft ist eine praktizierte Ordnung, um deren Erfolg und soziale Absicherung uns viele beneiden. Deshalb halte ich es für eine rundherum gesicherte Erfahrung und ordnungspolitisches Allgemeingut, daß die Soziale Marktwirtschaft auf gar keinen Fall verglichen werden darf – wie es jetzt wieder geschieht, nicht zuletzt hier in Hamburg – mit dem überlieferten Bild des sogenannten Manchester-Kapitalismus.

Gerade auch die Soziale Marktwirtschaft braucht einen starken Staat, einen Staat mit Autorität, um die Ordnung durch den Wettbewerb durchzusetzen, um Konjunktur- und Wachstumsschwankungen ausgleichen und um vielerlei Güter bereitstellen zu können. Es war ein leichtfertiges Wort, dieses Fundament unserer Freiheit als „Schlagwort ohne Verfassungsrang“ zu bezeichnen, wobei die Erfahrung einer lebendigen Demokratie zeigt, daß die geschriebene und die gelebte Verfassung – beides

- von großer Bedeutung sein können und eben in unserem Kontext
- die Grundrechte,
- die Gewaltenteilung,
- der föderalistische Staatsaufbau,
- das Recht auf die Entfaltung der Persönlichkeit,
- das Recht auf freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl,
- die Freiheit der Koalition zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen,
- das Recht auf Eigentum

tragende Pfeiler sind, die zwingend zu unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung gehören.

Das sind keine „Schlagworte“, sondern unerlässliche Bedingungen für das Funktionieren und die seit 30 Jahren erprobte Effizienz der Sozialen Marktwirtschaft, eine Effizienz, die deutlich zeigt, daß sie allen anderen Ordnungssystemen weit überlegen ist.

Doch gerade diese tragenden Fundamente sind gegenwärtig einer zerstörerischen Kritik ausgesetzt. Man kann knapp und beinahe zynisch sagen: Die Gegner und Kritiker der Sozialen Marktwirtschaft verzeihen ihr nicht, daß sie so erfolgreich war. Deshalb wird in einer unverantwortlichen Weise versucht, die besonderen Tugenden wie Selbstverantwortung und Leistungsbereitschaft zu diskreditieren. Deshalb wird versucht, Entfaltungsmöglichkeiten, die Dynamik von der Basis her, von den Freiheitsrechten her zu strangulieren und durch bürokratische, zentralisierte Lenkungsapparate zu ersetzen. Es wird nicht danach gefragt – diese Diskussion müssen wir erzwingen –, welche schwerwiegenden Nachteile andere Wirtschaftssysteme hervorbringen müssen. Es wird vor allem nicht danach gefragt, in welch gravierender Weise die Grundrechte durch eine Systemüberwindung eingeschränkt werden.

Noch akuter – so finde ich – sind jedoch die Gefahren, die aus einem mangelnden Verständnis von der Funktionsweise der Sozialen Marktwirtschaft herrühren. Das weit über die Grenzen Hamburgs zirkulierende Wort – ein ungewöhnlich törichtes Wort – vom Staat als „Reparaturbetrieb des Kapitalismus“ ist dafür ein besonders prägnantes Beispiel. Wer die Fehlentwicklungen und Probleme auf einzelnen Märkten oder in der Wirtschaft insgesamt in einer konkreten Situation zum Anlaß nimmt, die wirtschaftspolitische Ordnung durch ein Netz immer enger werdender bürokratischer Regelungen, durch immer höher steigende staatliche Ausgabenprogramme, durch immer höhere Belastungen der Wirtschaft und der Bürger zu gängeln, der übersieht vor allem dies: Die meisten der Probleme, mit denen wir uns konfrontiert sehen, haben sich doch vor allem deshalb zugespitzt, weil marktwirtschaftliche Lösungen verhindert und verzögert wurden und konsequent der Weg – aus ganz anderen ideologischen Gründen – zu immer mehr Staat beschritten wurde. Was wir brauchen, ist nicht der Staat als Reparaturbetrieb der sozialen Marktwirtschaft, sondern die soziale Marktwirtschaft als Reparaturbetrieb sozialistischer Politik.

**Sechste These:** Ein kostbares Gut unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates ist die Tarifautonomie. Wer die Tarifautonomie als Grundlage unserer gemeinsam gewünschten Freiheit erhalten will, der muß die Alltagspraxis an diesen Grundsätzen orientieren. Arbeitnehmer und Unternehmer, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände haben entscheidenden Anteil an der Entwicklung der Wirtschaft und damit an der Grundlegung einer stabilen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb sind wir – und jeder Blick über die Staatsgrenzen bestärkt diese Meinung – auf funktions-, und das heißt auch kompromißfähige Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände angewiesen.

Wenn die Signale aus dem Prestigekampf in der Stahlindustrie – und unter diesem Gesichtspunkt die teilweise aus unserer Erinnerung verdrängten Erfahrungen in der Druckindustrie – und die Härte, mit der dieser Kampf geführt wurde, nicht täuschen, gehen wir unruhigen Zeiten entgegen.

Über das Ausmaß und die Dauer des wirtschaftlichen Gesundungsprozesses ist zur Zeit eine verlässliche Prognose nicht möglich. Deswegen – das sage ich ganz bewußt – kommt gerade in dieser Entwicklung den Gewerkschaften eine wachsende Verantwortung zu. Doch die Radikalität der Beschlüsse, Klassenkampfparolen aus der Mottenkiste des 19. Jahrhunderts, passen nicht in diese Landschaft der Tarifautonomie. Sie stören und verengen die Chance zum Konsens. Und das ist wieder die Grundlage für soziale Partnerschaft.

Meine Damen und Herren! Wer es gut meint mit den Gewerkschaften und wer die Tarifautonomie zutiefst bejaht, der muß bestürzt sein, wie die deutschen Sozialdemokraten in ihrem Europa-Programm – kürzlich auf dem Europa-Parteitag in Köln verabschiedet – in einer so einseitigen Weise Partei ergriffen haben. Das ist nicht selbstverständlich. Natürlich ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands eine Partei, deren Geschichte untrennbar verbunden ist mit der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Nur, meine Damen und Herren, wer in dieser Situation, so wie dies die Sozialdemokraten getan haben, die 35-Stunden-Woche zum

festen Programmfpunkt macht, der muß wissen, was er in der konkreten volkswirtschaftlichen Situation mit rund einer Million Arbeitslosen anrichtet. Er muß vor allem wissen, daß dies in der jetzigen Situation die falsche Forderung ist, und, wenn wir diesen Weg jetzt gehen würden, dies der falsche Weg wäre, auf dem wir die Zeche gemeinsam bezahlen müßten: Unternehmer genauso wie Arbeitnehmer und ihre Organisationen.

Die Gewerkschaften – so haben wir jetzt beim Jubiläum der ÖTV gehört – sind weder Koalitionspartner noch ein verlängerter Arm der parlamentarischen Opposition. Den letzteren Verdacht haben nur wenige in der Bundesrepublik. Sie sind – so wurde gesagt – keine Ersatzpartei, und sie streben auch keine Nebenregierung an. Wir hören dies alle gern, und wir können die verfassungspolitisch vernünftige Definition nur deutlich unterstreichen.

**Siebte These:** Eine der wichtigsten Grundlagen für Stabilität in Wirtschaft und Gesellschaft ist ein stabiler Geldwert. Stabilität, so ist oft gesagt worden, ist zwar nicht alles, doch ohne Stabilität geht auf die Dauer gar nichts. Ich teile diese Auffassung. Der Geldwertstabilität kommt in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung eine Schlüsselrolle zu. Die stabilitätspolitischen Erfolge in der Geschichte der Deutschen Mark waren eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft. Gerade die geldpolitische Diskussion der Gegenwart gibt Veranlassung, sich auf drei Grundsätze der Stabilitätspolitik zu besinnen:

1. Jede ausufernde Geldmengenvermehrung führt früher oder später zur Inflation.
2. Jede Inflation bringt Siechtum für das Wachstum.
3. Eine nachhaltige Beeinträchtigung des wirtschaftlichen Wachstums erweist sich früher oder später als ein unmittelbares Gefährdungspotential für die soziale, politische und wirtschaftliche Stabilität unseres Landes.

Wir alle sind Zeugen geworden, wie aus einer Inflation der Ansprüche eine Inflation des Geldwertes wurde, die schließlich überhaupt niemanden mehr begünstigte, sondern allen Schaden zugefügt hat, allen voran jenen, von denen man sagt, für sie werde diese Politik gemacht: dem berühmten kleinen Mann von der Straße. Wir alle sind Zeugen geworden, wie aus der Illusion, durch Inflation ließen sich Struktur- und Beschäftigungsprobleme leichter lösen, die Rezession genährt wurde. Und wir alle sind auch Zeugen geworden, daß durch Inflation die Schäden einer vorhergegangenen Inflation nicht behoben werden konnten.

Nach all diesen bitteren Erfahrungen ist der Streit zwischen Bundesregierung und Bundesbank über den Rang der Geldwertstabilität unter den fundamentalen wirtschaftspolitischen Zielen unverständlich. Nach aller Erkenntnis über die Bedeutung eines stabilen Geldwertes für die Stabilität der Demokratie darf auch die Bundesregierung gar keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß sie nicht zur Politik der Konsolidierung des Haushaltes zurückfindet.

Und ich will doch einmal bei dieser Gelegenheit bemerken, daß wir – um auf Ihre Eingangsformulierung zurückzukommen, Herr Stödter – eine bemerkenswerte Opposition haben, indem wir seit Jahr und Tag unentwegt genau diesen Grundsatz in den Mittelpunkt des politischen Geschehens stellen. Die Betonung im Jahreswirtschaftsbericht, dieses Ziel der Konsolidierung würde „nicht außer acht gelassen“, ist angesichts des beängstigenden Tempos der Staatsverschuldung und der wieder steigenden Inflationsraten ein wenig ermutigendes Zeichen.

**Achte These:** Die Grundlagen unserer Freiheit dürfen nicht durch einen weiter ausufernden Sozialstaat gefährdet werden. Im Mittelpunkt dieser These muß die ordnungspolitisch wichtige Frage nach dem Umfang des Sozialstaats in der Sozialen Marktwirtschaft stehen.

Ich wende mich diesem Thema zu, gerade vor diesem Kreis, obwohl es ja inzwischen lebensgefährlich wurde, das Wort überhaupt in den Mund zu nehmen, weil schon allein das Anfragen nach der gewaltigen Diffamierungskapazität, die in der Bundesrepublik besteht, leicht dazu führt, daß man als sozialer Demonteur verschrien wird, wenn man nur die Frage nach dem Umfang des Sozialstaats in der Sozialen Marktwirtschaft stellt. Durch die Leistungen des Sozialstaats können nicht nur individuelle Freiheitsrechte gesichert werden. Wir haben vielmehr auch zu beachten, daß

der Weg zu einem immer umfangreicherem Sozialstaat geeignet ist – und das ist die praktische Erfahrung von vielen –, individuelle Freiheitsrechte und Entfaltungsmöglichkeiten des einzelnen zu verletzen. Die Grundgesetznorm, daß die Bundesrepublik Deutschland ein sozialer Rechtsstaat zu sein habe, verlangt staatliches Handeln im sozialen Bereich. Die Soziale Marktwirtschaft – und so haben sie Ludwig Erhard, Müller-Armack und alle anderen immer verstanden – ist deshalb durch eine freiheitliche Sozialordnung zu ergänzen.

Dazu gehören ein Aufbau der Versicherungen nach dem Versicherungs- bzw. Sozialversicherungsprinzip, ein hohes Maß an Selbstverwaltung durch die Versicherten und eine Begrenzung der Staatshilfen auf solidarische Hilfen unserer Gesellschaft als einer Gefahrengemeinschaft. Es gilt aber zu verhindern, meine Damen und Herren, daß wir über den sozialen in den allgegenwärtigen Staat in der Vision, der schlimmen Vision des Alexis Tocqueville vor 120 Jahren hineinwachsen.

Betrachtet man vor diesem Bild die gegenwärtige Grundwertediskussion in der Bundesrepublik Deutschland, so erkennt man unschwer in der SPD, aber auch in weiten Teilen der FDP, eine Tendenz, den Staat auf die Aufgabe zu verpflichten, durch mehr Gleichheit und Nivellierung auch mehr wirtschaftliche Freiheit und Entfaltungsmöglichkeiten des einzelnen realisieren zu wollen, Gerechtigkeit – so sagen diese Wertvorstellungen – hat dann nicht mehr den Sinn von Chancengerechtigkeit, sondern den von Gleichheit von Lebensbedingungen. Der einzelne Bürger wird auf die Dauer damit aus seiner Eigenverantwortung entlassen und der verordneten Vorsorge der übermächtigen Bürokratie als Bittsteller überantwortet.

Ohne es unredlich verkürzt zu sagen, glaube ich, daß im übrigen 30 Jahre nach der Begründung der Bundesrepublik und nach der Festigung der großen demokratischen Parteien wir plötzlich – oder jedenfalls plötzlich gedacht im Sinne für viele Betrachter – vor der, wie ich finde, wieder erfreulichen Grundentscheidung stehen, welche der Prinzipien, die seit der modernen Zeit, seit der Französischen Revolution, die Gesellschaft beherrschen und tragen – Freiheit, Gleichheit, wir sagen heute „Solidarität“ an Stelle von „Brüderlichkeit“ –, den Vorrang haben muß: Was folgt auf die Freiheit vor allem? Und ich glaube, die programmatiche Diskussion der großen Parteien zeigt sehr deutlich hier Unterschiede, nachdem man viele Jahre lang hindurch gefragt hat: Unterscheidet ihr euch denn überhaupt noch wesentlich?

Ich persönlich kann nur sagen, daß ich zutiefst überzeugt bin, daß die Frage der freiheitlichen Entwicklung der Bundesrepublik davon abhängen wird, ob wir begreifen, daß ein Mehr an Gleichheit um einen hohen Preis an Weniger an Freiheit erkauft wird, und daß in dieser ganz grundsätzlichen Entscheidung die politischen Auseinandersetzungen der nächsten Jahre stattfinden werden.

Eine Wertung von Gerechtigkeit als Aufgabe des Sozialstaats rechtfertigt nicht nur den Vorrang der Gleichheit vor der Freiheit und eröffnet damit den Weg in den sozialen Versorgungsstaat, sie bietet auch – und da haben wir viel Gelegenheit, das zu bewundern – die willkommene Gelegenheit, sich in Gefälligkeitsdemokratie zu profilieren. Faktisch ergibt das schließlich die Lösung sozialer Probleme, nach der diejenigen einseitig auf Kosten der Solidargemeinschaft Vorteile herausschlagen, die Zeit und die Muße haben, sich am besten durch das Gestrüpp von Gesetzen und Verordnungen hindurchzufinden. Wir erleben dauernd, in allen politischen Lagern, daß gutgemeinte soziale Vorhaben so zur Ursache von beträchtlichen unsozialen Wirkungen werden. Wer etwa – und dies ist ja auch eine Forderung, die jüngst aus Hamburg zu hören war – die Unternehmen mit höheren Abgaben belasten will, in denen Arbeitsplätze durch Rationalisierung wegfallen, der verstößt schlicht und einfach gegen die Solidarität mit den Arbeitslosen, weil er ja zusätzliche Arbeitsplätze gefährdet.

**Neunte These:** Wenn es darum geht, die Grundlagen unserer Freiheit zu sichern, dann kommt es vor allem darauf an, das Vertrauen des Bürgers in die wirtschaftliche Zukunft zu stärken. Vor allem die Anpassung an die strukturellen Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft muß national und international besser als vielleicht in der Vergangenheit mitvollzogen werden.

Der Bundeskanzler hat zu Beginn dieses Jahres in seiner ersten Pressekonferenz gesagt, daß in diesem Jahr die Anpassung der deutschen Wirtschaft an die sich

verändernde Struktur der Weltwirtschaft als „eines der großen Probleme des nächsten Jahrzehnts“ bezeichnet werden muß. Damit hat er sicherlich völlig recht. Statt jedoch die deutsche Wirtschaft bei ihrer schweren Aufgabe zu fördern, wurde sie mit einem lähmenden Netz von Kosten-, Gewinn- und Bürokratie-Risiken überspannt. Damit wurden wichtige Teile ihrer Leistungskraft, ihrer Investitions- und Innovationsfähigkeit gelähmt.

Es geht gar nicht darum, jetzt den Anpassungsbedarf an die künftigen strukturellen Veränderungen in der Weltwirtschaft zu beschwören. Jetzt geht es darum, die Weichen richtig für die Zukunft zu stellen. Man muß alles tun, um in dieser gesamtwirtschaftlichen Lage die Wirtschaft von ihren Fesseln zu befreien, damit der unübersehbar notwendige Strukturwandel gefördert wird. Jetzt ist es erforderlich, den gefährlichen Herausforderungen unserer Zukunft zu begegnen. Jetzt müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, damit

- die gewaltige Investitions- und Wachstumslücke allmählich wieder geschlossen,
- der gigantische Schuldenberg allmählich begrenzt und abgebaut und
- die verheerenden demographischen Entwicklungen aufgehalten werden können.

Das marktwirtschaftliche Konzept zur Lösung der Probleme ist bekannt: Eine wachstumsfreundliche Wirtschaftspolitik, eine menschliche Grundeinstellung, die wieder mehr dem Leistenden als dem Fordernden Achtung und Reverenz erweist. Gewiß, wir alle sind froh, daß sich jetzt Zeichen der Besserung zeigen. Wir brauchen diese Entspannung bitter notwendig. Und ich bin auch ganz und gar zuversichtlich, daß unsere Bürger die Kraft dazu aufbringen – materiell, geistig, psychologisch –, mit all den Problemen fertig zu werden. Was sie aber brauchen, sind politische Entscheidungen, die unseren gegenwärtigen und künftigen Problemen gerecht werden.

Die steuerliche Entlastung, die nach bitteren Auseinandersetzungen als ein erster Schritt in die richtige Richtung im vergangenen Spätherbst zustande kam, war eine solche Möglichkeit. Dabei geht es aber in Wahrheit um den Abbau der Überbesteuerung, um die Verhinderung des überdimensionalen Wachstums der Besteuerung und um eine Verbesserung – und da sind wir weit entfernt vom wirklichen Ziel – des Steuersystems insgesamt. Es geht darum, Vertrauen herzustellen. Und eine wesentliche Voraussetzung für Vertrauen ist die Klarheit über die künftige Struktur der Besteuerung. Wer dies kategorisch ablehnt, bürdet dem Vertrauen, von dem hier die Rede ist, viel auf.

Es gehört zu den unvergeßlichen Erlebnissen, daß der scheidende Finanzminister Apel uns im Bundestag als eine moderne Steuerpolitik darlegte, daß die Steuersätze jährlich neu geschnitten werden. Meine Damen und Herren! Andere Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung gründen sich

- auf die verhaltene Konjunkturentwicklung in vielen westeuropäischen Ländern,
- auf die Wechselkursentwicklung,
- auf den Streit über das Europäische Währungssystem, von dem niemand so recht sieht, wie es weitergeht, und
- auf politische Unruhen in der Welt mit all ihren Auswirkungen auf Energie und Export.

Ich will vor allem dieses Thema ansprechen: die Auswirkungen auf die Energie. Die jüngsten Entwicklungen im Iran haben deutlich gemacht, daß die jahrelange Politik der Bundesregierung, dieses zentrale Thema mehr oder minder totzuschweigen und zu beschönigen, jeglicher Grundlage entbehrt. Das, was der amerikanische Energieminister Schlesinger warnend sagte, gilt in einem bestimmten Umfang natürlich für die ganze Gemeinschaft, die EG, und für uns in der Bundesrepublik. Deswegen meine ich: Auch dann, was wir alle hoffen, wenn die neue iranische Regierung ihr Wort wahr macht und die Lieferungen wiederaufgenommen werden, sollte der Schock dieser Tage Positives bei uns hervorbringen, vor allem die Erkenntnis, die eigentlich fachlich gänzlich unbestritten ist – jedenfalls für mich –, daß wir Kernenergie zwingend brauchen, daß niemand von uns den totalen Atomstaat will, daß niemand von uns den Umweltschutz geringachtet, daß wir alle, die wir konservativ im besten Sinne des Wortes empfinden können und denken können, die zutiefst konservative Aufgabe empfinden, den Schatz der Natur, der auf unsere Generation gekommen ist,

möglichst unbeschädigt und gut bewahrt an künftige Generationen weiterzugeben, den Wasserschatz, die Landschaft in ihrer Unversehrtheit und vieles, was dazugehört. Niemand will den Atomstaat. Aber wir wissen, daß wir gegenwärtig rund zehn Prozent der Bruttoenergieerzeugung der Bundesrepublik aus Kernkraftwerken beziehen, daß die Tendenz aus gegebenem Anlaß im letzten Jahr ohnedies schon leicht rückläufig war. Wir haben gerade in diesen Tagen wieder bitter zur Kenntnis genommen, daß seit 1975 kein Antrag für eine solches Kernkraftwerk beschieden wurde, daß also de facto das Moratorium, von dem einige so wirr auf ihren Parteitagen redeten, in Kraft ist.

Wir haben gerade jetzt in den Verhandlungen mit der Delegation der Volksrepublik China über den Ankauf solcher Reaktoranlagen zur Kenntnis nehmen müssen, daß unser Nachbar Frankreich, in Freundschaft eng mit uns verbunden, nicht ohne Grund in dieser Debatte darauf hingewiesen hat, daß eben die Deutschen seit 1975 keine ihrer Anlagen – die sie ja auch verkaufen wollen, aus gutem Grund, es sind vorzügliche Anlagen – im eigenen Lande genehmigt haben, während zum gleichen Zeitpunkt seit dem Jahre 1975 in Frankreich 18 Kernkraftwerke genehmigt wurden. Ich will auf den Bezug zu den Arbeitsplätzen nicht weiter hinweisen. Ich will nur darauf hinweisen, daß die Bundesrepublik als ein Land, das über keine großen Bodenschätze verfügt, dessen eigentliche Ressourcen – von der Kohle einmal abgesehen – in der Arbeitskraft, im Ideenreichtum, in der Kreativität, im Fleiß, in der Zuverlässigkeit seiner Bürger bestehen, als eine der großen Exportnationen – wem sage ich das hier in Hamburg? – der Welt nur existieren kann, wenn unter anderem auch die Energiebasis gesichert ist.

Und wenn wir etwa dieses Jahr wiederum vergehen lassen, das wichtige Jahr 1979, und wenn nun alles wie gebannt nach Gericke starrt, und wenn sich die Entsorgungsfrage – und die Entsorgungsfrage ist eine der zentralen Fragen – in einer Weise politisch dramatisiert, daß die Tätigkeit des Staates in der Energievorsorge für seine Bürger zum Stillstand kommt, dann, meine Damen und Herren, hat freiheitliche Demokratie schlicht und einfach versagt. Und hier liegt eine jener Schicksalsfragen vor, die einer Generation nicht sehr oft gestellt werden.

Die Unsicherheit unserer Bürger darüber, daß die Regierungsmehrheit gezwungen ist, entscheidende Sachfragen zu bloßen Machtfragen zu erheben, um sich die knappe Mehrheit im Parlament zu sichern, ist in diesen Grundfragen kein ausreichendes Alibi für das Versagen, wie ich überhaupt meine, daß es bei aller notwendigen kontroversen Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition um der Zukunft des Landes willen einige wenige Felder geben muß, wo es möglich ist, zu einem Stück gemeinsamer Verantwortung zu kommen. Und ich kann nicht begreifen, daß eine so wichtige, schicksalhafte Sachfrage, wie die Frage der Kernenergie, den Ideologen überlassen wird. Statt dessen sollten wir im Bundestag so abstimmen, wie die Mehrheit denkt: Über 500 Abgeordnete sind ja in Wahrheit für das Ja zur Kernenergie.

Meine Damen und Herren! Im Zusammenhang mit dem Problem der Wirtschaftspolitik noch ein kurzes Wort zu dem Thema der rapide anschwellenden Staatsverschuldung. Die Zuversicht, die dahintersteckt, daß mit immer mehr „deficit spending“ und immer mehr staatlicher Aktivität in der Wirtschaft die Anpassung an den weltweiten strukturellen Wandel durch Unternehmer kompensiert werden könnte, hat sich – das zeigt doch jeder Tag – als ein schwerer Irrtum erwiesen. Die wachsende staatliche Einflußnahme auf privatwirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten, auf Innovationen, Investitionen, Wettbewerb und Handel, haben die Fähigkeit der Volkswirtschaft, den strukturellen Wandel zu bestehen, geschwächt. Sie haben die Dynamik, Flexibilität und Mobilität der privatwirtschaftlichen und eigenverantwortlichen Aktivitäten zum Rückzug gezwungen. Wir haben zu oft erlebt, daß das dann alles eine Angelegenheit von Politik und Bürokratie wurde. Deshalb kann die einzige mögliche Therapie für eine Umkehr auf diesem verhängnisvollen Wege zu immer mehr Staat nur lauten: Weniger Staat, mehr Freiraum für die private Entscheidung und das private Risiko.

Zu hohe Produktionskosten im Vergleich zu anderen Ländern, knapper und teurer werdende Energieträger und Ressourcen, die Erfordernisse des Umweltschutzes

sowie wachsende Bedeutung von Dienstleistungen erfordern ein Umdenken im Bereich der Wirtschafts- und Wachstumspolitik. Die Wirtschaftspolitik muß Wachstumskräfte fördern, muß den klein- und mittelständischen Bereich als stabilisierenden Faktor von Benachteiligungen befreien. Dadurch wird vor allem die Leistungs- und Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft erhöht.

Meine Damen und Herren! In diesen Zusammenhang gehört auch jene ganz wichtige, von Erhard immer wieder leidenschaftlich vorgetragene psychologische Komponente: Staat, Gesellschaft, öffentliche Meinung, Reaktionen beim einzelnen müssen so präpariert, vorbereitet und beschaffen sein, daß Staat und Gesellschaft Leistung nicht bestrafen, sondern Leistung fördern und herausfordern. Das ist ja gegenwärtig bei den vielen dynamischen Kräften, die sich nicht selbstständig machen, die nicht das Risiko eingehen, ihren Arbeitsplatz aufzugeben, um einen eigenen Betrieb aufzumachen, eine der großen Archillesversen der Bundesrepublik geworden.

Wachstum durch Marktwirtschaft und technischen Fortschritt begünstigt den Strukturwandel. Ich weiß auch: Die Bewahrung veralteter Strukturen am Markt behindern ihn. Deshalb sollte – und das ist für den Politiker nicht ganz einfach auszusprechen und noch weniger zu praktizieren, wie ich gern zugeben will – die Konservierung veralteter Strukturen tunlichst verhindert werden, weil sie unmittelbar zu Wachstumsverlusten führen und den technischen Fortschritt behindern kann.

Und jeder von uns weiß, daß dies nicht ausschließt, daß es in wichtigen, schwerwiegenden Fällen, auch angesichts der weltwirtschaftlichen Entwicklung in anderen Ländern und bei besonders gravierenden und vor allem gar nicht selbstverschuldeten Begleitumständen, sinnvoll ist, den Anpassungsprozeß wirtschaftspolitisch zu unterstützen und zu beeinflussen. Dennoch gilt: Strukturpolitik muß ordnungspolitisch fundiert sein. Selbst in Krisenfällen darf man nicht zu dem Mittel der totalen Aussperrung des Wettbewerbs greifen. Strukturelle Anpassungshilfen sollten vor allem als „Hilfe zur Selbsthilfe“ verstanden werden.

Auch im Falle von Strukturkrisen können Anpassungshilfen die eigenen Anstrengungen der Betroffenen nicht in den Hintergrund rücken. Es muß gesichert sein, daß die staatliche Hilfe nur ein Teil der Existenzsicherung ist. Staatliche Strukturpolitik als direkter Eingriff in die unternehmerischen Investitionsentscheidungen wird niemals das gewünschte Ziel erreichen.

Es ist nicht vorstellbar – jedenfalls nicht für mich – eine Investitionslenkung und -kontrolle so zu organisieren, daß sie ihren Zweck erfüllt und sich zugleich dem Leitbild der rechtsstaatlichen Demokratie so einfügt, wie das unsere Interpretation des Grundgesetzes notwendig macht. Ich glaube, daß gerade das Grundgesetz der Investitionslenkung ganz entschiedene und ganz unmittelbare Grenzen setzt. Ich bin sehr froh, daß diese Meinung auch jetzt gerade in diesen Tagen im Wissenschaftlichen Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums genauso zum Ausdruck kam.

Das, meine Damen und Herren, sind einige Thesen über die Grundlagen unserer Freiheit und des Geistes, der sie bedroht.

Wenn man hier in Hamburg spricht, überlegt man, mit welchem Wort man schließen soll. Ich meine, wir sollten jenen visionären Satz gut in Erinnerung behalten, den hier in Hamburg Ludwig Erhard 1961 gesagt hat:

„Die Freiheit hat ihren Preis; sie wird uns nicht geschenkt. Wo nicht das Pflichtgefühl, der Sinn für Rechtschaffenheit, für Wahrhaftigkeit, für Menschlichkeit lebendig sind, da wird und muß die Freiheit zwangsläufig entarten.“

Das ist keine altmodische Sprache. Das ist heute so modern wie damals. Darin steckt ein Stück unserer Zukunft. Wir sollten das bedenken.

